

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzungstermin:	Donnerstag, 15.01.2026, 15:00 Uhr
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
Beginn:	15:00 Uhr
Ende:	17:11 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Annegret Ihbe - SPD

Frau Gisela Ohnesorge - Die FRAKTION. BS

Mitglieder

Herr Nils Bader - SPD

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

bis 17:07 Uhr

Herr Michel Winckler - SPD

Frau Cristina Antonelli-Ngameni - B90/GRÜNE

ab 15:17 Uhr

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE

bis 16:24 Uhr

Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Vertretung für: Oliver Schatta bis 16:44 Uhr

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

Herr Thorsten Wendt - CDU

Frau Silke Arning - BIBS

Vertretung für: Sabine Bartsch

Herr Carsten Lehmann - FDP

Frau Anneke vom Hofe - AfD

Herr Michael Baumgart - Bürgermitglied

bis 16:06 Uhr

Frau Sonja Kleinekathöfer - Bürgermitglied

Frau Heike Otto - Bürgermitglied

Frau Christine Wolnik - Bürgermitglied

bis 17:08 Uhr

Frau Louise Breslauer - vom Vorstand des Behindertenbeirates bestimmte Vertreterin

Frau Heike von Knobelsdorff - Vorsitzende Seniorenrat

Frau Meike Evers - Vertreterin des Jugendparlaments

Verwaltung

Frau Dr. Christina Rentzsch - Dezernentin V
Herr Martin Klockgether – FBL 50
Frau Susanne Kundolf – RefL 0500
Frau Marion Lenz - Gleichstellungsbeauftragte
Frau Juliane Meinecke - Dez. V
Herr Andreas Kern - FB 50
Herr Dr. Jan Weber - Ref. 0500
Herr Michael Künzler - FB 50

Protokollführung

Frau Amelie Bartels - FB 50

Abwesend

Mitglieder

Herr Oliver Schatta - CDU	entschuldigt
Frau Sabine Bartsch - BIBS	entschuldigt
Frau Andrea Hillner - dieBasis	entschuldigt
Herr Arnim Graßhoff - Bürgermitglied	entschuldigt
Frau Ann-Kristin Hartz - Bürgermitglied	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.11.2025
3. Mitteilungen
 - 3.1. Situation in der Altenhilfe und der Altenpflege in Braunschweig
 - 3.2. Gesundheit
 - 3.3. Situation Wohnungslosigkeit
 - 3.4. Nachbarschaftszentren
4. Anträge
5. Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest. Zudem weist Frau Ihbe auf die geplanten Sitzungstermine für das Jahr 2026 hin.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.11.2025

Herr Wendt nimmt Bezug auf Seite vier des Protokolls und bittet Herrn Dr. Weber, die Nachfrage hinsichtlich der zukünftigen Besteuerung der Arbeit für das Projekt „Wohnen für Hilfe“ nachträglich zu beantworten. Frau Dr. Rentzsch sichert zu, dass die Antwort als Protokollnotiz über das Protokoll der heutigen Sitzung gegeben werde.

Das Protokoll wird genehmigt.

Ergebnis: Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltungen: 1

Protokollnotiz:

In den Sitzungen vom 13.11.2025 und 15.01.2026 meldete sich Herr Thorsten Wendt mit dem Hinweis zu Wort, dass die Fortführung des Wohnraumvermittlungsangebotes für Studierende „Wohnen für Hilfe“ aufgrund drohender Besteuerung in Frage stehe. In der Sitzung vom 15.01.2026 wurde von den Ausschussmitgliedern gegenüber der Verwaltung der Wunsch nach Prüfung des Sachverhaltes durch die Stelle „Koordination Altenhilfe- und Pflegeplanung“ im Sozialreferat formuliert.

Nach dem Vorbild vergleichbarer Projekte anderer Kommunen wurde das Projekt „Wohnen für Hilfe“ Braunschweig von ambet e. V., dem Studentenwerk Ostniedersachsen und der Stadt Braunschweig, vertreten durch das Seniorenbüro, und unterstützt vom Seniorpartner in School e. V. (SIS) im Jahr 2016 initiiert. In den Jahren 2017 bis 2022 und in führender Verantwortung des Studentenwerkes erfuhr das Projekt unter dem Titel „Wohnen für Hilfe plus“ eine öffentliche Förderung durch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung. Nach Ablauf der Förderung beendete das Studentenwerk zum 30.09.2022 einseitig seine Teilnahme am Projekt.

Ab dem Jahr 2023 wurde das Projekt unter dem Titel „Wohnen für Hilfe“ eigenverantwortlich vom ambet e. V. und unterstützt von den Stiftungen Bürgerstiftung Braunschweig und der Perschmann-Stiftung weitergeführt. Ab 2026 realisiert ambet e. V. das Projekt, unterstützt von der Perschmann-Stiftung. Die Zusammenführung von Wohnraum- und Hilfesuchen der Nutzer des Projektes durch ambet e. V. erfolgt kostenfrei.

Die Ziele und Aktivitäten des Projektes finden weiterhin die Zustimmung und Unterstützung der Verwaltung. Eine formale Kooperation mit der Stadt besteht derzeit nicht. Entsprechend hat die Verwaltung keinen Einblick in die internen Organisationsstrukturen und Abläufe des Projektes bzw. von ambet e. V. Prüfung und Beurteilung steuerrechtlicher Sachverhalte durch die Stadt sind auch deshalb nicht möglich. Nach Rücksprache mit dem Geschäftsführer von ambet e. V., Herrn Thorsten Renken, sind dort keine das Projekt betreffenden steuerrechtlichen Problematiken bekannt.

Deren Vernehmen nach konnten Steuerrechtsfragen, beispielsweise im Kontext der Untervermietung von Zimmern durch Wohnraumanbieter, im Projektverlauf stets u. a. im Rückgriff auf Wohnraumüberlassungsverträge gelöst werden. Ein aufgrund der Größe des

zur Verfügung gestellten Wohnraums und zuvor bestehender Untermietverhältnisse zunächst in der Einordnung herausfordernder Einzelfall konnte, soweit bekannt, zwischenzeitlich und im Einvernehmen mit dem Finanzministerium geregelt werden.

3. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

3.1. Situation in der Altenhilfe und der Altenpflege in Braunschweig

Herr Dr. Weber und Herr Kern stellen die in der Anlage beigefügte Präsentation zum Thema „Projekte der Altenhilfe und Pflegeplanung“ vor.

Frau Dr. Flake möchte erfahren, welches Ziel das abgelehnte Projekt „Pflegekaleidoskop – Farben der Menschlichkeit, Unterstützung pflegender Angehöriger“ verfolgt habe und wünscht sich zusätzlich eine Erklärung, für welche Art von Projekten die N-Bank zuständig sei.

Herr Dr. Weber erklärt, dass die Idee dieses priorisierten Projekts ein Kompetenzzentrum für pflegende Angehörige gewesen sei und diesbezüglich ein enger Austausch mit weiteren Kommunen stattgefunden habe. Die Ablehnung sei überraschend gewesen.

Frau Dr. Rentzsch ergänzt, dass es sich bei dem Projekt um eine Initiative des Landkreises Peine handle, bei der übergreifende Projekte gefördert werden sollen. Im Fokus stünde der Umstand, dass die beteiligten Kommunen einen anderen Fortschritt im Bereich der Pflege hätten. Das Fachkräftebündnis habe eine einstimmige Empfehlung hinsichtlich des Projekts gegeben. Eine hochrangige Steuerungsgruppe sei gebildet worden. Erst dann schließe sich das Verfahren der N-Bank an. Am 16. Januar 2026 werde ein Treffen mit den Sozialdezernenten anderer Kommunen stattfinden, da die genauen Gründe für die Absage nicht bei jedem bekannt seien.

Frau Dr. Flake gibt an, dass die N-Bank üblicherweise Mittel der EU verwalte, aber auch als Verwaltungsinstanz für Projekte des Bundes diene. Aufgrund dessen vermute sie, dass es Probleme mit der Förderrichtlinie gegeben haben könne.

Frau Antonelli-Ngameni ist anwesend ab 15:17 Uhr.

Frau Mundlos unterstützt Frau Dr. Rentzsch in dem geplanten Vorgehen und bittet um eine Rückmeldung zu den Ablehnungsgründen in der kommenden AfSG-Sitzung. Des Weiteren erkundigt sich Frau Mundlos nach dem Projekt „PräVPfleg - Prävention von Pflegebedürftigkeit durch Prevention Nursing“ und fragt nach, aus welchem Grund zwei Personen für eine Dauer von lediglich 15 Monaten eingestellt werden sollen.

Herr Kern erwidert, dass lediglich die Interventionsphase für 15 Monate angedacht sei. Mit der Grundlagenforschung des Projekts sei bereits im letzten Jahr begonnen worden.

Frau von Knobelsdorff bringt ihr Entsetzen über die Ablehnung des o. g. Projekts zum Ausdruck und möchte ebenfalls über die Ablehnungsgründe informiert werden. In Bezug auf das Projekt „Pflege- & Assistenzberufe – Wege zur Pflege in Braunschweig“ erkundigt sie sich nach den Förderrichtlinien.

Herr Dr. Weber berichtet, dass eine Klausel in der Förderrichtlinie zur Ablehnung geführt habe. Städtische Mittel sollten den notwendigen Eigenanteil des Durchführenden decken. Aufgrund der besagten Klausel würden diese Mittel als öffentliche Förderung angesehen und

anschließend von der Fördersumme abgezogen werden.

Frau Kleinekathöfer bezieht sich ebenfalls auf das Projekt und hinterfragt, wie Fachkräfte für Pflegeschulen gewonnen und für die Altenpflege gebunden werden sollen.

Frau Dr. Rentzsch betont, dass bestehende Strukturen gestärkt werden müssen, wozu der „Runde Tisch Arbeitsmigration“ bereits seit einem Jahr indirekt beitrage. Dort würde man verschiedene Akteure zu diesem Thema zusammenbringen.

Herr Seifert gibt an, dass die Träger der Altenhilfeeinrichtungen je nach Größe unterschiedliche Strategien anwenden würden.

Herr Baumgart gibt zu bedenken, inwieweit die Stadtverwaltung in diesem Bereich überhaupt aktiv werden könne. Er ergänzt, dass in die Pflegekonferenz 2023 ein Antrag eingebracht worden sei, der sich gegen sogenannte „Fangprämien“ von Trägern ausgesprochen habe. Dieser sei nicht einstimmig beschlossen worden. Die Träger würden sich ungern vorschreiben lassen, wie sie ihre Personalpolitik zu führen haben.

Herr Seifert fügt hinzu, dass Auszubildende leistungsbedingt häufig nicht übernommen werden könnten. Außerdem hält Herr Seifert fest, dass die derzeitigen Pflegefachkräfte öfter über die Arbeitsbedingungen als über die Gehälter klagen würden.

Frau Ihbe fasst zusammen, dass im Sozialausschuss völliges Unverständnis für die Ablehnung des Projekts „Pflegekaleidoskop – Farben der Menschlichkeit, Unterstützung pflegender Angehöriger“ bestehe und das Thema Pflege eine Priorität sei.

In Bezug auf Folie 2 erkundigt sich Frau Dr. Flake, was unter dem Begriff „Ernährungsarmut“ zu verstehen sei.

Herr Kern erklärt, dass die Begrifflichkeit die Worte Ernährung und Altersarmut zusammenführe. Dahinter stehe das Ziel, gesund älter zu werden, was durch Angebote wie gemeinsame Spaziergänge, gemeinschaftliches Kochen, Mittagstische sowie gesunde Ernährung erreicht werden könne.

Frau Ihbe bemängelt die steigenden Lebensmittelpreise und hinterfragt, ob diese ebenfalls Berücksichtigung finden würden.

Herr Kern erwidert, dass konkrete Ideen mit Akteuren entwickelt werden und Pilotprojekte beginnen würden.

Frau Antonelli-Ngameni fragt, ob internationale Vereine ebenfalls zu der Auftaktveranstaltung eingeladen worden seien.

Nach Angaben von Frau Dr. Rentzsch seien 260 Einladungen versandt worden und eine öffentliche Ankündigung sei ebenfalls erfolgt.

Frau Ohnesorge knüpft an den finanziellen Aspekt an und möchte erfahren, ob die Kommune nach der Bestandsaufnahme entsprechende Gelder zur Verfügung stellen würde.

Frau Dr. Rentzsch gibt an, dass eine Aussage diesbezüglich erst nach Abschluss der Bedarfsanalyse möglich sei.

Frau Arning nimmt Bezug auf die vierte Folie und fragt, wie die genannten Zielgruppen erreicht werden sollen.

Herr Dr. Weber erklärt, dass die Netzwerk- und Kooperationsarbeit Teil des Projekts sei, die

aus der Projektförderung refinanziert werde. Pflegekräfte beteiligen sich folglich an bestehenden Netzwerken vor Ort, die beispielsweise Nachbarschaftshilfen, Sozialstationen und Vereine einschließen. Durch Kontakt zu Hausärzten, Therapeuten und Apothekern könne das Angebot ebenfalls bekannt gemacht werden, wodurch wiederum Tipps für Menschen mit entsprechenden Bedarfen generiert werden sollen.

Frau von Knobelsdorff freut sich über die Implementierung in Braunschweig. Gleichzeitig merkt sie an, dass es den Studiengang „Community Health“ in Niedersachsen nicht gebe, weshalb Fachkräfte fehlen würden. Ausgebildete Case Manager seien zusätzlich von Nöten.

Herr Baumgart wünscht sich eine Eingrenzung, welche Stadtbezirke davon betroffen seien. Außerdem sei es interessant zu erfahren, ob solche Angebote auch im Rahmen der Nachbarschaftszentren durchgeführt werden könnten.

Herr Dr. Weber versichert, dass dazu bereits Überlegungen bestehen und diese in der Ausschusssitzung im Februar mitgeteilt werden würden.

3.2. Gesundheit

Herr Klockgether berichtet, dass die geplante Präsentation krankheitsbedingt auf die kommende Ausschusssitzung verschoben werden müsse.

3.3. Situation Wohnungslosigkeit

Herr Klockgether stellt die aktuelle Situation zum Thema Wohnungslosigkeit in Braunschweig umfassend vor. Der Inhalt wird auf Wunsch aus dem Ausschuss im Nachgang ergänzend schriftlich mitgeteilt werden.

Herr Baumgart ist abwesend ab 16:06 Uhr.

Frau Lenz informiert ergänzend über die hohe Anzahl von Frauen, die durch häusliche Gewalt und die daraus resultierenden psychischen Probleme von Wohnungslosigkeit betroffen seien. Eine Aufnahme in ein Frauenhaus sei in solchen Fällen meist nicht möglich, da sich die Betreuung als schwierig gestalte. Frau Lenz schlägt eine Zusammenarbeit mit der AG „Wohnungslose Frauen Niedersachsen“ für den Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit vor.

Frau Mundlos ist abwesend ab 16:09 Uhr.

Frau Lenz fügt weiter hinzu, dass mittlerweile 45 % der wohnungslosen Personen weiblich seien. Besonders für Prostituierte sei ein Ausstieg aus der Wohnungslosigkeit schwierig, wozu erst kürzlich ein Treffen zwischen dem „Runden Tisch Prostitution“ und Kollegen aus dem Bereich der Wohnungslosenhilfe der Stadtverwaltung stattgefunden habe. Die Beratungsstellen sprechen von einer guten Zusammenarbeit und geben an, dass es bereits erste Erfolge gegeben habe.

Frau Arning möchte in Bezug auf die geplanten Container erfahren, ob diese auch Sanitäranlagen beinhalten würden. Außerdem fragt sie, ob es Meldungen über Sterbefälle im Zusammenhang mit der Kälteperiode der letzten Wochen geben würde und ob für Braunschweig ein Kältebus in Frage käme.

Frau Mundlos ist anwesend ab 16:13 Uhr.

Herr Klockgether antwortet, dass es sich bei den Containern um vollständige Wohneinheiten inklusive Sanitäranlagen handele. Kältebedingte Sterbefälle in diesem Jahr seien der

Verwaltung nicht bekannt. Aufgrund der zahlreichen vorhandenen stationären Angebote seien zusätzliche Kältebusse in Braunschweig aktuell nicht erforderlich. Die aktuellen Hilfsangebote in Braunschweig seien gut zu erreichen und die Verhältnisse seien nicht mit denen in einzelnen größeren Städten zu vergleichen.

Frau Dr. Flake merkt an, dass der Ratsbeschluss (DS-24-24648-01) den Auftrag beinhalte, die Erstellung eines Aktionsplans zur Überwindung von Wohnungslosigkeit zu prüfen. Sie ergänzt, dass zu einem solchen Aktionsplan nicht nur die Vermittlung von Unterkünften gehöre, sondern auch die Ursachenerforschung und weitere Themen. Sie bittet nachdrücklich um eine schriftliche Mitteilung, wie die Verwaltung die Erstellung des Aktionsplans angehen wolle.

Frau Dr. Rentzsch ergänzt zu den Ausführungen von Herrn Klockgether, dass zusätzlich ein enger Kontakt zum Kommunalen Ordnungsdienst bestünde, um noch mehr in Verbindung mit Wohnungslosen zu treten und diese auf die vorhandenen Hilfsmöglichkeiten aufmerksam zu machen. Jedoch sei nicht außer Acht zu lassen, dass einige Wohnungslose die Annahme von Hilfe verweigern würden, auch wenn dieser Anteil nicht der Mehrheit entspreche. Sie betont, dass die Verwaltung keine sozialpädagogischen Aufgaben übernehmen könne und die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren von Nöten sei. Der Auftrag habe keine Priorität, da noch Plätze in den Wohnungslosenunterkünften frei seien und es eine Kapazitätsfrage sei, ob und wie zeitnah der Aktionsplan umgesetzt werden könne.

Frau Dr. Flake bittet nochmals um eine schriftliche Mitteilung seitens der Verwaltung.

Frau Ihbe schlägt vor, die anfänglichen Ausführungen von Herrn Klockgether zunächst im Protokoll zu verschriftlichen.

Frau Dr. Flake lehnt den Vorschlag ab.

Frau Dr. Rentzsch sichert zu, die Informationen im Rahmen einer Mitteilung außerhalb von Sitzungen zur Kenntnis zu geben.

Herr Böttcher ist abwesend ab 16:24 Uhr.

Frau Otto wünscht sich einen weiteren Sachstand zum Fortschritt der Unterkunft in der Ausschusssitzung am 2. Juni 2026. Zudem hinterfragt Frau Otto, ob die vorgesehene Umstrukturierung von Mehrbett- auf Einzelzimmer „An der Horst“ noch immer aktuell sei und ob weitere Verbesserungsvorschläge umgesetzt worden seien.

Herr Klockgether erklärt, dass im Zuge der Verhandlung mit der Gebäudeversicherung zum Wiederaufbau der Unterkunft auch bauliche Verbesserungsplanungen in Form von kleineren Einheiten und zusätzlichen Nasszellen aufgenommen worden seien. Es habe sich aufgedrängt, diese im Rahmen der Sanierung des Hauses 1 „An der Horst“ umzusetzen. Für Herrn Klockgether sei eine Begehung der Wohnungslosenunterkunft mit dem neuen Sozialausschuss ab November diesen Jahres denkbar.

Frau Ohnesorge merkt an, dass bei ihrer letzten Besichtigung die Umstände in der Unterkunft menschenunwürdig gewesen seien. Diese würde jedoch bereits einige Zeit zurückliegen. Sie erkundigt sich, wann die geplanten Container einsatzbereit seien. Außerdem gibt sie zu bedenken, dass die gleichbleibende Auslastung trotz der Kälte der letzten Wochen auf die mangelhaften Bedingungen zurückzuführen sein könne.

Herr Klockgether gibt an, dass „An der Horst“ zunächst das Haus 1 saniert werde, da für die Sanierung aller drei Einheiten nicht genügend Mittel zur Verfügung stünden. Die Aufstellung der Container sei derzeit noch von bauordnungsrechtlichen Fragestellungen abhängig, die aktuell in der Verwaltung geklärt würden. Bei wohnungslosen Personen bestünden häufig

Vorbehalte gegenüber einer Unterbringung, so unter anderem die Angst davor, bestohlen zu werden. Ein Informationsdefizit liege nicht vor.

Frau Jaschinski-Gauß fragt, wie die medizinische Versorgung, insbesondere in extremen Wetterlagen, gesichert sei.

Herr Klockgether erklärt, dass Ärzte beim Tagestreff „Iglu“ regelmäßig eine medizinische Versorgung anbieten würden und dass die dortige Kassenzulassung und damit verbundene Verschreibungsmöglichkeit von Arzneimitteln einen großen Schritt darstelle. Es bestehe zudem die Überlegung, Krankenwohnungen im näheren Umfeld zu schaffen.

Frau Kleinekathöfer fragt, wie das Konzept „Housing First“ umgesetzt werden solle und nach welchen Kriterien die Menschen ausgewählt und beraten werden, denen ein Container zur Verfügung gestellt werde.

Herr Klockgether antwortet, dass die Container zunächst bezugsfertig sein müssen und die Belegungsplanung im Anschluss stattdessen stattfinden. Vermutlich werde die Verwaltung vorrangig Menschen auswählen, die ein Problem mit der Nähe zu anderen Menschen auf engem Raum haben, um die Situation in den vorhandenen Unterkünften zu entlasten. Er erklärt, dass „Housing First“ keinem starren Konzept folge und der Fokus auf einer zügigen Unterbringung liege. Die Container könnten in diesem Sinne auch als „Housing First Light“ verstanden werden.

Herr Stühmeier empfindet den Anteil von 45 % an wohnungslosen Frauen als erschreckend. Er erkundigt sich, wie viele dieser Frauen von einer psychischen Erkrankung betroffen seien und aufgrund dessen in Frauenhäusern abgewiesen werden würden. Zudem fragt Herr Stühmeier nach konkreten Ergebnissen der AG.

Frau Lenz kann zu den Zahlen keine konkreten Angaben machen. Als erste Erkenntnis lasse sich festhalten, dass zukünftig eine engere Zusammenarbeit stattfinden müsse. Die Frauenhäuser seien stark ausgelastet, sodass selbst leichtere psychische Erkrankungen nicht mehr tragbar seien und folglich abgelehnt werden müssen. Das Gewalthilfegesetz gibt jedoch vor, dass alle Frauen, die von Gewalt betroffen sind, ab 2032 einen Rechtsanspruch auf Unterbringung haben. Hierfür müsse das Land Niedersachsen bis Ende des Jahres ein Konzept zur Umsetzung vorlegen.

Herr Seifert betont, dass psychische Erkrankungen im Allgemeinen und unabhängig vom Geschlecht eine große Problematik im Zusammenhang mit Wohnungslosigkeit spielen würden. Außerdem würde es auch in der Bahnhofsmision täglich zu Auseinandersetzungen kommen.

Frau Arning interessiert sich für die Finanzierung der ärztlichen Versorgung im Tagestreff „Iglu“ und wie häufig die Ärzte dort vor Ort seien.

Herr Klockgether antwortet, dass die Ärzte ehrenamtlich arbeiten würden und ihm nicht bekannt sei, wie häufig diese vor Ort seien, da sich mehrere Ärzte die Arbeit aufteilen würden. Es habe während der Coronapandemie den Versuch gegeben, eine medizinische Versorgung in der Unterkunft „An der Horst“ zu etablieren. Eine Antwort der angefragten Ärztekammer diesbezüglich habe die Stadtverwaltung bis heute nicht erhalten. Über das städtische Angebot hinaus existiere in der DWB-Einrichtung Am Jödebrunnen ebenfalls eine medizinische Versorgung.

3.4. Nachbarschaftszentren

Frau Dr. Rentzsch stellt die in der Anlage beigefügte Präsentation zum Thema Nachbarschaftszentren vor. In der Ausschusssitzung im Februar solle das Thema erneut behandelt werden.

Frau Dr. Flake beschreibt die Nachbarschaftszentren als Treffpunkte im Quartier, die die Möglichkeit bieten, sich zu identifizieren und unterschiedliche Angebote wahrzunehmen. Das Konzept der Nachbarschaftszentren dürfe jedoch nicht mit der Quartiersentwicklung gleichgesetzt werden. Frau Dr. Flake äußert den Wunsch, dass die Leitlinien in der kommenden Ausschusssitzung genauer betrachtet werden.

Frau Jaschinski-Gauß ist abwesend ab 17:07 Uhr.

Frau von Knobelsdorff fragt, welche lokalen Akteure zu der Prozessträgerauswahl der Nachbarschaftszentren eingeladen worden seien, da der Seniorenrat in keinem Fall eine Einladung erhalten habe.

Frau Wolnik ist abwesend ab 17:08 Uhr.

Frau Dr. Rentzsch erklärt, dass damit die lokalen Akteure gemeint seien, die im jeweiligen Quartier ansässig seien und bereits eine gewisse Struktur aufweisen würden, auf die man im weiteren Prozess aufbauen könne.

4. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

5. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 17:11 Uhr.

Ihbe

Dr. Rentzsch

Bartels